

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(binnen 97 Pf., monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezugspreis 2,97 M., einschließlich 80 Pf.
Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellge-
bühren. Auslandsbekanntmachung 5,85 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksatzpreis 4,00 M.

Bei Ausfall der Forderung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungswerte und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
14. September 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Poltschekkonto: Berlin 37 558. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Dis.-Gef., Depostitenl., Jerusalemstr. 65/66.

Gegen Papen und Hitler!

Verfassungshüter Göring. — „Volksgemeinschaft“ gegen Papen.

Am Sonntag schrieb der „Vorwärts“, der Reichstag werde am Montag aufgelöst. Am Montag drei Uhr nachmittags mußte er mit einer Auflagenachricht erscheinen, diese sei nicht wahr. Drei Uhr fünfundvierzig Minuten war der Reichstag aufgelöst.

Am 29. August, zwei Wochen zuvor, hatte der „Vorwärts“ die Sorge geäußert, das am Tage vorher von Herrn v. Papen in Münster entwickelte Programm wäre mit der Verfassung nicht ohne weiteres vereinbar. Er wurde für drei Tage verboten, das Verbot wurde durch das Reichsgericht bestätigt. Heute muß man mit Bedauern feststellen, daß sich die ständigen Ausschüsse des Reichstags einstimmig oder fast einstimmig der Auffassung des „Vorwärts“ angeschlossen haben.

Die Liste der namentlichen Abstimmung vom 12. September ist ein Dokument der deutschen Einigkeit, wie es kaum ein zweites gibt. Mit 512 von 559 gültigen Stimmen hat der Reichstag seinen Wunsch nach dem Verschwinden der Regierung und ihrer letzten Notverordnungen ausgesprochen. Dafür — oder richtiger schon wegen der Absicht zu dieser Tat — wurde er aufgelöst. Es ergab sich jener dramatische Konflikt zwischen den nationalen Männern Papen und Göring, bei dem beide um die Palme parlamentarischer Unerfahrenheit rangen, und der damit endete, daß sich beide gegenseitig beschuldigten, die Verfassung verletzt zu haben.

Göring schützt die Verfassung vor Papen, Papen schützt die Verfassung vor Göring. Die deutsche Verfassung ist die bestgeschützte der Welt.

Göring behauptete, die Auflösung des Reichstags sei rechtsgültig und die Reichstagsbeschlüsse gegen Papen seien gültig. Papen behauptete, die Auflösung des Reichstags sei rechtsgültig, die Reichstagsbeschlüsse dagegen seien ungültig.

Göring, der Nazipräsident, der hinter militärischem Schein seine Unsicherheit verbergen zu verbergen sucht, huste binnen 24 Stunden zurück. Mutig gab er zu, daß seine Behauptung, der Reichstag sei gar nicht aufgelöst, staatsrechtlich ein Unfug gewesen sei. Dagegen hielt er an der Meinung fest, die Reichstagsbeschlüsse seien rechtsgültig, denn die Auflösung sei erst nach der Abstimmung wirksam geworden.

Hierüber gekränkt, verweigert die Regierung ihr Erscheinen in den ständigen Ausschüssen, obwohl sie die Verfassung eindeutig zum Erscheinen in diesen Ausschüssen zwingt. Dieser Zwang ist um so eindeutiger, als die Ausschüsse sogar als Untersuchungsausschüsse mit dem Recht eines Gerichtshofs Zeugen herbeizitiieren und vernehmen können. Trotzdem verweigert die Reichsregierung die Ansicht, sie habe das Recht, den Ausschüssen fernzubleiben, solange der Reichstagspräsident an der Ansicht, die Beschlüsse vom 12. September seien rechtsgültig, festhalte.

Wenn Herr Göring auch in dieser Frage umfallen wird, steht dahin. Keinesfalls ist sein Standpunkt juristisch und auch sonst besonders fest. Als er am Montag in Befehlsform verkündete, der Reichstag sei gar nicht aufgelöst und werde am nächsten Tag wieder zusammentreten, sah man im Geiste schon die braunen Heerscharen aufmarschieren, um dem Willen des Hg. Göring Nachdruck zu verleihen. Aber es geschah genau soviel wie am 13. August, nämlich nichts!

Mit welchem Hohn hatte die Nazipresse die preußischen Minister überschüttet, weil sie am 20. Juli, ohne ein Blutbad hervorzurufen, der Gewalt gewichen waren. Ihr Reichstagspräsident, der bombastisch verkündet hatte, er werde das Recht des Reichstags bis aufs Letzte verteidigen, hat nicht einmal auf die Verhängung des Belagerungszustandes gewartet. Woraus jedermann die Lehre ziehen mag, daß es nicht gut ist, zu große Bogen zu spannen, wenn man schon am Tage darauf vor den Ernst der Tatsachen gestellt sein kann!

Aber, ob der Nazipräsident jetzt stehen bleibt oder noch einmal umfällt, was kümmert das uns? Ob die Beschlüsse

vom 12. September „rechtsgültig“ sind oder nicht, was macht das aus? Ueber allem Juristenstreit steht die politische, die geschichtliche Tatsache der Niederlage, die die Regierung am 12. September erlitten hat.

Es soll sich doch niemand einbilden, diese politische Tatsache könnte mit staatsrechtlichen Auslegungskünsten aus der Welt geschafft werden! Herr v. Papen hat den Reichstag von 1930 aufgelöst, um einen in seinem Sinne besseren Reichstag wählen zu lassen. Er hat an das Volk appelliert, sich eine neue Vertretung zu wählen, und diese neue Volksvertretung hat ihn mit einer Mehrheit, die in der Geschichte aller Parlamente einzig dasteht, als Führer der deutschen Politik abgelehnt! Davon wäscht kein Regen, ja kein Wollenbruch juristischer Argumente etwas ab. „Rechtsgültig“ oder nicht — vor der Geschichte sind die Beschlüsse des 12. September wertbeständig.

So ist es Herrn v. Papen wirklich beinahe gelungen, das deutsche Volk „einig in seinen Stämmen“ werden zu lassen. Die Harmonie schien vollkommen, wenn sie nicht durch den fürchterlichen Krach in der „nationalen Rechten“ gestört würde. Noch kein Jahr ist es her, seit am 11. Oktober das Harzburger Fest gefeiert wurde. Wer hätte damals gedacht, daß elf Monate später die nationalen Brüder vor den Augen lächelnder Margisten wie bissige Kettenhunde aufeinander losfahren würden!

Heute jubeln die Nationalsozialisten, weil sie mit Hilfe

der Systemparteien und der Kommunisten dem Harzburger Bruder eine schwere Niederlage beigebracht haben. Es bedarf keiner Prophetengabe, um vorauszusagen, daß sie den Sieg vom 12. September teuer bezahlen werden. Der nächste Wahltag wird der Zahltag sein. Die feige Bourgeoisie, die bei Hitler Schutz vor dem Sozialismus suchte, geht mit fliegenden Fahnen zu Papen über, und mit gestäubten Haaren sieht der nationalsozialistische Parteikassierer sämtliche Geldschränke von dannen ziehen. Wägen sie! Für die sozialistisch gesinnten Arbeitermassen wird es zehnmal besser sein, einen Gegner vor sich zu haben, der — wie Deutschnationale, Volkspartei und Staatspartei — offen und aufrichtig den Kapitalismus repräsentiert, als einen Automaten des Volksbetrugs, der scheinsozialistische Redensarten von sich gibt, wenn man oben ein Geldstück hineinwirft.

Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, Papen und seinen Trabanten etwas zu schenken. Genau ebensowenig kommt es ihr in den Sinn, den Nazis die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Für die verfassungstreuen Notverordnungsjacken haben politisch Denkende nur ein Hohn-gelächter. Und wäre es zu optimistisch, anzunehmen, das politische Denken hätte in den letzten Wochen einige Fortschritte gemacht? Ja, wenn das Theater im Reichstag gestern und vorgestern nicht die Augen geöffnet hat, dem ist überhaupt nicht zu helfen!

Hindenburg für Papen.

Briefwechsel zwischen Reichstags- und Reichspräsidenten.

Reichstagspräsident Göring hat am Dienstag an Reichspräsident von Hindenburg folgenden Brief gerichtet:

„Hochzuverehrender Herr Reichspräsident! Ew. Exzellenz!

Als Präsident des Reichstages beehre ich mich, ergebenst mitzuteilen, daß der Reichstag in seiner Sitzung vom 12. September 1932 im Wege namentlicher Abstimmung beschlossen hat, die von der Regierung Papen gegenzeichnete Notverordnung vom 4. und 5. September 1932 des Herrn Reichspräsidenten nach Artikel 48 Absatz 3 Satz 2 außer Kraft setzen zu lassen und ein diesbezügliches Verlangen an Sie, Herr Reichspräsident, zu stellen.

Des Weiteren hat der Reichstag gleichfalls im Wege namentlicher Abstimmung in demselben Abstimmungsakt nach Artikel 54 der Reichsverfassung

der Regierung Papen das Vertrauen entzogen.

Die Abstimmung wurde mit 512 Stimmen Mehrheit von insgesamt 559 gültigen Stimmen gegenüber 42 Nein-Stimmen und bei fünf Stimmenthaltungen geschlossen. Der Regierung Papen wurde also mit einer überwältigenden, bisher noch nie dagewesenen Mehrheit das Vertrauen des deutschen Volkes entzogen.

Der Reichstag gibt seiner Erwartung hiermit Ausdruck, daß Sie, Herr Reichspräsident, entsprechend den Vorschriften der Reichsverfassung die von der Abstimmung des Reichstags betroffene Notverordnung unverzüglich außer Kraft setzen werden. Die selbstverständliche Folge der Annahme des Notverordnungsbeschlusses wird der Rücktritt der Regierung Papen sein, da eine Regierung, die zu 95 Proz. das deutsche Volk gegen sich hat, weder weiter die Politik im Innern bestimmen noch Deutschland in der jetzigen schwierigen Lage dem Ausland gegenüber vertreten kann.

Nach beiden Seiten hin fehlt der Regierung Papen jegliche Legitimation des deutschen Volkes;

besonders im Hinblick auf die derzeit schwebenden Verhandlungen mit dem Ausland würde eine Regierung, die fast von dem gesamten deutschen Volke durch schärfstes Mißtrauen abgelehnt wird, eine unmögliche Verhandlungsbasis besitzen. Dem deutschen Volke muß daraus schwere Schädigung erwachsen.

Zu dem Sitzungsverlauf selbst darf ich feststellen: Nachdem dem Geschäftsordnungsänderungsantrage Torgler kein Widerspruch entgegengesetzt wurde, war ich beim Beginn der nächsten Sitzung verpflichtet, sofort mit der Abstimmung zu beginnen. Beantragt war, über beide Anträge verbunden abzustimmen. Ich stellte nach Beginn der Sitzung ausdrücklich noch einmal fest, daß die Anträge jetzt, da kein Widerspruch erfolgt sei, zur Abstimmung kommen müßten. Ich betonte: „Die Abstimmung hat begonnen.“ In diesem Augenblick sah ich, wie der Herr Reichskanzler aufstand und seinen Arm erhob, jedoch mir noch keine Wortmeldung mitteilte. Auf den Zuruf: „Namentliche Abstimmung!“, der im gleichen Augenblick erfolgte, betonte ich, daß die Abstimmung selbstverständlich namentlich sei. Die Schriftführer begannen mit der Einsammlung. Nun trat der Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Plank, auf mich zu und teilte mir mit, der Herr Reichskanzler bitte um das Wort. Ich antwortete, daß ich während der Abstimmung gemäß der Geschäftsordnung Wortmeldungen nicht entgegennehmen könne, sofort nach der Abstimmung dem Herrn Reichskanzler aber das Wort erteilen würde.

Der Reichskanzler erhob sich nun und legte mir ein Blatt Papier auf mein Pult. In seiner begreiflichen Aufregung geschah dies mit der weißen Seite nach oben,

so daß ich nicht einmal irgendwelche Schriftzüge erkennen konnte, und ich nahm, da wir uns mitten in der Abstimmung befanden, das Schriftstück zunächst deshalb nicht zur Kenntnis.

Ich stelle auch Euer Exzellenz gegenüber ausdrücklich fest (vgl. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt hatte, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Besteres ist technisch auch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen meinen Standpunkt dadurch anerkannte, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als

auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungshandlung beteiligt war.

Nachdem ich das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben hatte, ergriff ich sofort das Schrittschiff und erkannte nun erst, daß es sich um das Aufhebungsdekret handelte, welches ich darauf zur Verlesung brachte.

Fest steht demnach:

1. daß somit der Abstimmungsakt vor der Auflösung des Reichstags stattgefunden hat;
2. daß das Ergebnis dieser Abstimmung zu Recht besteht;
3. daß nach der Reichsverfassung die betreffenden Notverordnungen außer Kraft zu setzen sind;
4. daß die Regierung Papen mit einer vernichtenden Mehrheit vom deutschen Volke durch seine erwählte Vertretung gestürzt worden ist.

Ich war zunächst der Auffassung, daß eine gestürzte Regierung zur Gegenzeichnung eines solchen Dekrets nicht berechtigt ist und betrachtete aus diesem Grunde das Dekret als hinfällig. Die Verwaltungsjuristen haben mich jedoch davon überzeugt, daß ein solches Dekret zu Recht besteht, da auch eine gestürzte Regierung, solange sie nicht vom Herrn Reichspräsidenten entlassen ist, das Recht zur Gegenzeichnung besitzt. Somit ist formal der Reichstag im Augenblick nach der Abstimmung aufgelöst worden.

Gegen die Begründung dieser Auflösungsorder muß ich jedoch als Präsident der deutschen Volksvertretung Verwahrung einlegen.

Gewiß ist es in das Ermessen des Herrn Reichspräsidenten gestellt, den Reichstag aufzulösen. Jedoch niemals aus dem gleichen Anlaß. Tatsächlich ist jedoch der Reichstag am 4. Juni 1932 aufgelöst worden mit dem tatsächlichen Sinne, daß die damalige Regierung Papen nicht das Vertrauen der deutschen Volksvertretung gefunden hätte. Tatsächlich ist auch der neue Reichstag aufgelöst worden, weil die Regierung Papen wiederum kein Vertrauen gefunden hätte.

Ich darf in diesem Zusammenhang feststellen, daß die Reichsregierung und die ihr nahestehende Presse Äußerungen gebracht hat bzw. Gerüchten nicht entgegengetreten ist, wonach die Reichsregierung fest entschlossen war, die Auflösung herbeizuführen, bevor eine Abstimmung über Mißtrauen oder Aufhebung der Notverordnungen stattfinden konnte. Nachdem bekannt geworden war, daß eine Abstimmung stattfinden sollte, hat der Herr

Reichskanzler, wie ich später erfuhr, bei seinem Eintritt in den Reichstag offenkundig und in einer für den Reichstag verletzenden Form mit der roten Karte gegen die Diplomatenloge hinaufgewinkt.

Vor allem aber werden diese Zusammenhänge bestätigt durch den Wortlaut der Auflösungsorder selbst. Es sollte also von vornherein die Abstimmung unmöglich gemacht werden.

Die Aufhebung einer Notverordnung gehört zu den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstages, und zwar ist dem Reichstag hier das Recht der Aufhebung eingeräumt worden als Regulatio gegenüber einer Regierung, die sich anmaßen sollte, willkürlich Anordnungen und Bestimmungen auf dem Wege von Notverordnungen zu erlassen, um somit Verfassung und Volkshoheit jedesfalls zu garantieren. Wenn nun ein Reichstag, jedesmal aufgelöst werden soll, weil die Gefahr besteht, daß er ein durch die Verfassung gegebenes Recht, ja eine durch die Verfassung auferlegte Pflicht im Interesse des Volkes ausübt, so bedeutet dies eine dem Sinn der Verfassung widersprechende Handlung. Es wird somit praktisch der Deutsche Reichstag als Vertretung des souveränen Volkes, als gesetzgebender Körper und als Organ der Steuerbewilligung vollständig ausgeschaltet. Es könnte somit eine Regierung jede Maßnahme verfügen, ohne daß das Volk durch seine rechtmäßig gewählte Vertretung die Möglichkeit hätte, sich dagegen zu wehren. Der Gedanke der Volkssouveränität und des ersten Grundgesetzes unserer Verfassung „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ würde durch eine derartige Haltung verletzt. Ich sehe mich daher verpflichtet, hochverehrter Herr Reichspräsident, gegen die Begründung des Auflösungsdekrets vor dem ganzen deutschen Volke scharfsten Protest einzulegen, da ich als Präsident des Deutschen Reichstages hierin eine Verletzung der Rechte der deutschen Volksvertretung erblicke.

Gewiß sind Sie, Herr Reichspräsident, vor vier Monaten gewählt worden. Aber es muß betont werden, daß auch der Reichstag, und zwar, was hierbei von Bedeutung ist, zu einem späteren Datum, ebenfalls durch das deutsche Volk als seine Vertretung gewählt worden ist. Wenn die Regierung Papen heute glaubt, in verächtlicher Weise von den politischen Parteien Deutschlands sprechen und dieselben ausschalten zu können, so vergißt diese Regierung, daß die Organisation des politischen Lebens verfassungsgemäß parteimäßig ihren Ausdruck findet, und daß ja schließlich auch die Wahl des Reichspräsidenten durch die Organisationen dieser Parteien und mit ihrer Hilfe bewerkstelligt wurde.

Die politische Willensbildung der Nation kann sich verfassungsmäßig nur durch Parteien dokumentieren. Will man die politischen Parteien reflexlos ausschalten bzw. vernichten, so schaltet man praktisch den Volkswillen selbst aus und wendet sich damit gegen Geist und Sinn der deutschen Reichsverfassung.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß es der Regierung Papen in erster Linie darauf ankam, vor Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, vor dem deutschen Volke und vor dem gesamten Auslande zu verschleiern, auf welcher erschreckend schmaler Basis diese Regierung steht, und daß aus diesem Grunde eine derartige Abstimmung vermieden werden sollte. Nun ist in aller Öffentlichkeit durch eine rechtmäßige Abstimmung dargelegt, daß diese Regierung so gut wie keine Gefolgschaft im deutschen Volke hat, daß der Regierung Papen ein vernichtendes Mißtrauen durch das deutsche Volk ausgesprochen wurde.

Ich darf Sie versichern, hochverehrter Herr Reichspräsident, daß das deutsche Volk sich zur Zeit in einem Zustande namenloser Unruhe und Empörung befindet, weil dieses Volk empfindet, daß seine in der Verfassung niedergelegten Grundrechte in Gefahr sind. Das Volk kann und wird es nicht verstehen, daß es weiterhin regiert werden soll von einer Anzahl von Männern, denen jedoch durch den Reichstag bestätigt wurde, daß sie sich auf keinerlei Vertrauen des Volkes berufen können. So wertvoll die Autorität Eurer Exzellenz sein mag, so darf nicht übersehen werden, daß das Vertrauen des Reichspräsidenten zur jeweiligen Regierung keine Ergänzung finden muß in dem Vertrauen des deutschen Volkes.

Ich darf daher der berechtigten Hoffnung Ausdruck verleihen, daß Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, die zu Recht erfolgte Abstimmung berücksichtigen werden und einer Regierung, die vom deutschen Volke mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wird, ebenfalls Ihr Vertrauen entziehen. Der Reichstag ist vom Volk gewählt worden, Sie, Herr Reichspräsident, sind vom Volk gewählt worden. Reichspräsident und Reichstag gehören nach Ihren eigenen Worten zusammen.

Beide müssen sich ergänzen, damit der Wille des Volkes oberstes Gesetz bleibe.

Dieser meiner Auffassung hat sich der Ausschuh zur Wahrung der Volksrechte im wesentlichen angeschlossen.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Eurer Exzellenz ergebenster

gez.: Göring, Reichstagspräsident.

Göring hat weiter eine kurze Mitteilung über den Beschluß des Ueberwachungsausschusses an Hindenburg gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Ausschuh zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat gemäß Artikel 33 der Reichsverfassung die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem klaren Wortlaut des Artikels 33 der Reichsverfassung nicht zulässig, wie die Reichsregierung durch ihr Verhalten in den Sitzungen des Ausschusses vom 22. und 25. Juli 1932 anerkannt hat. Der Ausschuh stellt fest, daß sich der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern durch ihre Handlungsweise eines offenen Bruches der Reichsverfassung schuldig gemacht haben.

Er erwartet, daß der Herr Reichspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unverzüglich anhalten wird.“

Hindenburgs Antwort.

Darauf ist von Hindenburg eine Antwort eingetroffen, die sich völlig auf die Seite der Papen-Regierung stellt. Hindenburg schreibt:

„Den in Ihrem Schreiben vom heutigen Tage gegen den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern erhobenen Vorwurf des Verfassungsverbruchs weise ich mit Entschiedenheit zurück. Die Fragen, mit denen sich heute der Ausschuh zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung befaßt hat, wären nie entstanden, wenn Sie, wie es die Reichsverfassung vorschreibt, dem Herrn Reichskanzler das Wort zur Verlesung meiner Auflösungsverordnung erteilt oder zum mindesten sogleich nach Zustellung dieser Verordnung die Sitzung des Reichstags geschlossen hätten. Sobald Sie, Herr Reichstagspräsident, und der

Ausschuh diese unanfechtbare Rechtsfrage ausdrücklich anerkennen wird, wie die Reichsregierung bereits erklärt hat, einem Erscheinen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern vor dem Ausschuh nichts mehr im Wege stehen.

gez.: von Hindenburg.“

Herr Lehrer, ich bins nicht gewizen!

Das Schreiben des Reichspräsidenten hat Göring sofort folgendermaßen beantwortet:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident,

mein heutiges Schreiben — I. 2352 — enthielt nicht den Ausdruck einer Willensänderung von mir, mithin auch keineswegs einen von mir persönlich erhobenen Vorwurf des Verfassungsverbruchs durch den Reichskanzler bzw. Reichsminister des Innern, sondern — bis auf den letzten von mir angefügten Schlußsatz — den Wortlaut einer vom Ausschuh zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung in seiner heutigen Sitzung gefaßten Entscheidung, die ich als Präsident des Reichstags auf Beschluß des Ausschusses verpflichtet war, an Sie, Herr Reichspräsident, weiter zu leiten. Ich habe daher Ihre Antwort vom heutigen Tage an den Herrn Vorsitzenden dieses Ausschusses abgegeben.

Im übrigen darf ich auf meinen heutigen ausführlichen Brief an Euer Exzellenz verweisen.

In ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Eurer Exzellenz sehr ergebener

gez.: Hermann Göring.

Dieser umfangreiche Briefwechsel findet noch eine Ergänzung durch ein Schreiben Papens an den Abg. Fric, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses. Darin stellt Papen gleichfalls das Verlangen, Göring solle erst einmal die Regierung als rechtmäßig amtierend anerkennen, dann würde die Regierung einer Einladung zum Ausschuh folgen. . .

Ferner wird als amtliche Darlegung eine lange juristische Äußerung verbreitet, die den Nachweis zu erbringen sucht, daß alles in Ordnung sei. Sie beruft sich sogar auf den ersten Reichspräsidenten Ebert, der im März 1924 den Reichstag mit der Begründung auflöste, die Regierung habe festgestellt, daß ihre Ermächtigungsgesetze im Reichstag keine Mehrheit finden. Die amtliche Mitteilung vergißt allerdings hinzuzufügen, daß der damals aufgelöste Reichstag ohnehin kurz vor seinem Ende stand und nicht erst zur zweiten Sitzung zusammengetreten war. Sie vergißt weiter, daß noch keine Regierung, auch die damalige nicht, sich auf ganze 42 Abgeordnete „stützen“ konnte.

Papen brüstiert weiter.

Trotz klarer Vorschrift der Verfassung weigert er sich, im Reichstag zu erscheinen.

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstags trat unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fric (Nsp.) zusammen und forderte, da Vertreter der Reichsregierung nicht anwesend waren, nach längerer Aussprache in einem Beschluß, daß der Reichskanzler, der Reichsminister des Auswärtigen und der Reichswehrminister alsbald in dem Ausschuh erscheinen sollen, um ihren verfassungsmäßigen Pflichten zu genügen.

Der Ausschuh verbatte sich dann auf eine Stunde, um die Ankunft der Minister abzuwarten.

Aber auch in der Spätmittags Sitzung erschienen keine Vertreter der Reichsregierung im Ausschuh.

Der Vorsitzende Abg. Dr. Fric (Nsp.) machte dem Ausschuh davon Mitteilung, daß er auftragsgemäß auf Grund des Artikels 33 der Reichsverfassung die Herbeizitierung des Reichskanzlers, des Reichsaußenministers und des Reichswehrministers versucht habe. Es sei dies sowohl schriftlich wie auch durch telefonische Rücksprachen mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister geschehen. Diese Bemühungen hätten zu keinem Erfolg geführt.

Nach längerer Aussprache wurde folgender Antrag des Abg. Dr. Bell (S.) vom Ausschuh einstimmig angenommen (die Deutschnationalen waren in der Sitzung nicht mehr anwesend):

„Der Auswärtige Ausschuh hat auf Grund des Artikels 33 der Reichsverfassung die Zuziehung des Herrn Reichskanzlers, des Herrn Reichsaußenministers und des Herrn Reichswehrministers beschlossen, um in den für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Fragen der Außenpolitik, insbesondere über das Lausanner Abkommen und die Abrüstungsfrage, die erforderlichen Auskünfte zu erhalten. Die Weigerung der Reichsregierung, diesem Ersuchen zu folgen, bedeutet einen Verfassungsverbruch, gegen den sowohl aus Rechtsgründen wie aus zwingenden Gründen der Außenpolitik schärfste Verwahrung eingelegt wird.“

Der Ausschuh beschloß damit noch, daß die Anberaumung der

nächsten Sitzung in das Ermessen des Vorsitzenden gestellt werde, daß aber der Vorsitzende verpflichtet sein soll, die Sitzung sofort einzuberufen, falls mindestens zwei Fraktionen dies verlangen

Göring schreibt unentwegt.

Zwei Briefe an Papen.

Reichstagspräsident Göring hat an den Reichskanzler von Papen am Dienstagmittag zwei Schreiben gerichtet. Das erste lautet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Den Vorwurf des Verfassungsverbruchs, den Sie mir in Ihrem gestrigen Briefe gemacht haben, muß ich aufs Schärfste zurückweisen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich bereits die Abstimmung eröffnet hatte, als Sie sich zum Worte meldeten. Ich bin der Auffassung, daß während einer Abstimmung, die eine unteilbare Handlung bedeutet, überhaupt keine Worterteilung gegeben werden darf. Dies beweist die bisherige Praxis aller Parlamente. Ich war also gezwungen, zunächst die Abstimmung abbrechen zu lassen. Die Auflösung des Reichstags war daher nach meiner Auffassung erst nach der Abstimmung wirksam.

Ich bitte Sie daher, den Vorwurf des Verfassungsverbruchs zurückzunehmen, da die Voraussetzungen für eine solche schwere Ehrenkränkung nicht gegeben sind.

In vorzüglicher Hochachtung gez. Göring.“

Das zweite Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem ich mich überzeugt habe, daß auch Minister, denen der Reichstag das Vertrauen entzogen hat, zur Gegenzeichnung eines Auflösungsdekrets berechtigt sind, habe ich meine Auffassung bereits gestern abend dahin korrigiert, daß der Reichstag formaljuristisch zu Recht aufgelöst ist und daher weitere Sitzungen oder Handlungen mit Ausnahme der in der Verfassung vorgesehenen Ausschüsse nicht stattfinden werden.“

In vorzüglicher Hochachtung gez. Göring.“

Tagung der Fraktion.

Vorbereitung des Wahlkampfes.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Dienstag in einer umfassenden und eingehenden Aussprache, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, die einzelnen Probleme erörtert, die durch die Reichstagsauflösung aufgeworfen worden sind. Zugleich wurden die Aufgaben besprochen, die die bevorstehende Wahlbewegung der sozialdemokratischen Partei stellt.

Der Kampf soll nicht nur um die Erhaltung der demokratischen Freiheiten geführt werden, sondern darüber hinaus der Aufrüttelung der Volksmassen zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung dienen. Zu diesem Zweck hat die sozialdemokratische Partei bereits das Volksbegehren eingeleitet, durch das der sozialpolitische Teil der Notverordnung des Kabinetts von Papen vom 4. September 1932, mit dessen Hilfe der Tarifbruch und die Lohnsenkung durchgeführt werden sollen, außer Kraft gesetzt werden soll. Zu gleicher Zeit wird die werktätige Bevölkerung aufgerufen, ihren Willen zur Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die Unterstützung der von der sozialdemokratischen Fraktion bereits eingebrachten Anträge auf Sozialisierung der Schlüsselindustrien und der Banken, auf Enteignung des Großgrundbesitzes, Durchführung

eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, Enteignung der Fürstenermögen usw. zu unterstützen. Die Fraktion protestierte schließlich noch aufs Schärfste gegen die polizeiliche Hausdurchsuchung in den Räumen des Reichstags in der Nacht zum 13. September, die einen Verstoß gegen die Verfassung darstellt. Die Beratungen werden Mittwoch vormittag fortgeführt.

An der Dienstagssitzung der Fraktion nahmen bis auf 5 Abgeordnete, die durch Krankheit oder Teilnahme an ausländischen Konferenzen verhindert waren, sämtliche Mitglieder der Fraktion teil.

Ein Verrückter auf dem Schafott.

Heute morgen Hinrichtung Gorguloffs.

Paris, 13. September. (Eigenbericht.)

Der Präsident der Republik hat das Gnadengesuch des Präsidentenmörders Gorguloff abgelehnt. Die Hinrichtung Gorguloffs erfolgt deshalb am Mittwochmorgen bei Sonnenaufgang, um 5.20 Minuten, auf dem Boulevard Arago in der Nähe des Gefängnisses, in dem der Mörder zur Zeit sich befindet.

Frau Gorguloff, die am Dienstagmittag ein letztes Mal mit ihrem Mann sprechen wollte, hat keine Besuehsgenehmigung erhalten. Man befürchtete, daß sie durch ihre Aufregung die Entscheidung des Präsidenten verraten würde. Von der Hinrichtung des Gnadengesuches soll Gorguloff erst kurz vor der Hinrichtung unterrichtet werden.

Arbeit des Reichsbanners.

Tagung des Bundesvorstandes.

Am Dienstag tagte in Berlin der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Aus den Darlegungen des Bundesführers Hiltnermann und der übrigen Mitglieder ging die Entschlossenheit hervor, auch den neuen Kampf um die Sicherung der Rechte des Volkes mit aller Energie und unter Einsatz aller Kräfte zu führen. Zu diesem Zweck wurde eine Reihe grundlegender Beschlüsse für die nächsten Arbeiten des Reichsbanners gefaßt.

Der Bundesvorstand gedachte ferner der 31 Toten (21 Opfer politischer Gegner, 10 tödlich Verunglückte) und der anderen zahlreichen Opfer, die die vergangenen Wahlkämpfe dieses Jahres bereits aus den Reihen des Reichsbanners gefordert haben. Die Fürsorge für diese Opfer und die Kameraden, die durch harte Urteile in die Gefängnisse gebracht sind, wird auch in Zukunft kameradschaftliche Aufgabe des Bundes sein. Zur materiellen Bewältigung dieser Ehrenpflicht wird die Mithilfe aller Republikaner eingesetzt werden.

Ein Bericht über die Tätigkeit im freiwilligen Arbeitsdienst ergab, daß das Reichsbanner zur Zeit 128 offene und geschlossene Arbeitslager unterhält.

Mit Einstimmigkeit sollte der Bundesvorstand sodann noch den Beschluß, die Zugehörigkeit zur Sozial-Republikanischen Partei für unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Reichsbanner zu erklären, weil diese Gruppe wiederholt und systematisch in der Presse und in Versammlungen in organisationschädigender Weise gegen das Reichsbanner vorgegangen ist.

Die Abstimmung im Reichstag.

Das Dokument gegen Papen.

Es liegt jetzt die Namensliste über die Abstimmung gegen Papen im Reichstag vor. Es wurden 560 Karten abgegeben, davon war eine ungültig. Fünf Abgeordnete haben sich enthalten, 42 mit Nein, 512 mit Ja gestimmt.

Die Liste zeigt ein noch nicht dagewesenes Bild. Erste, zweite, dritte Seite der Liste — alles Ja-Stimmen. Endlich auf der vierten Seite tauchen die 42 Nein-Stimmen auf, 35 Deutschnationalen und 7 Volksparteiler.

Unter den Zentrumsabgeordneten, die mit Ja gestimmt haben, befinden sich Brüning, der Staatspräsident vom Württemberg Bötz, der Staatspräsident von Baden Schmitt. Der Industrielle Rißner hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Bei den Deutschnationalen hat sich Dr. Spahn der Stimme enthalten.

Ferner haben sich enthalten die Abgeordneten des Christlich-sozialen Volksdienstes und der Abgeordnete der Volkspartei. Die Splitter haben dafür gefordert, daß das Bild bunt wurde, daß zu den weißen Ja-Karten und roten Nein-Karten auch ein paar blaue Enthaltungskarten kamen.

Das, was von der Deutschen Staatspartei noch übrig ist, hat jedoch eine ganz besondere Haltung eingenommen. Die vier letzten Säulen der Staatspartei konnten sich unter sich nicht einigen, und da sind sie von der Abstimmung ferngeblieben, obgleich sie im Reichstag waren.

Ohne Hitler kein Papen!

Ein Wahlausruf Hugenberg.

„Der fünfte Wahlkampf dieses Jahres scheint bevorzustehen.“ So beginnt, vorsichtig genug, das neueste Stück von Hugenberg's Irscher Prosa. Ein wehmütiger Blick wird auch auf die Brüder von Harzburg geworfen. „Wir wenden uns an unsere alten Bundesgenossen innerhalb der NSDAP.“ Und dann folgt das hohe Lied auf das Kabinett der Barone:

Ist es doch ein Kabinett, das

mit der ausdrücklichen Zustimmung der Nationalsozialisten

— eingetauscht für die Reichstagsauflösung — gebildet wurde, ein Kabinett, das den seit 1918 in Deutschland und Preußen herrschenden schwarzroten Gewalten die Macht abgenommen und damit den Weg zum Aufstieg erstmalig frei gemacht hat.

Damals „ausdrückliche Zustimmung“ als Dank für vollzogene Reichstagsauflösung, heute wütender Haß wegen drohender Auflösung — das läßt tief blicken!

Zum Schluß versichert Hugenberg, nur das Weimarer System habe Schuld daran, daß die Deutschnationalen eine Partei seien. Eigentlich seien sie Träger einer „Volksgemeinschaft“ ohne Stimmzettel. Einstweilen aber benutzten sie jede Handhabe — „auch den Stimmzettel!“

Wer also das Wählen abschaffen will, der wähle Hugenberg!

Die Attentäter von Königsberg.

Vier Ostpreußen in Oesterreich verhaftet.

Linz (Oberösterreich), 13. September.

Die Polizei hat vier aus Ostpreußen stammende Personen in Haft genommen, weil sie auf den Meldebörsen falsche Namen angegeben haben sollen. Es ist bei der Polizei in Königsberg i. Pr. Rückfrage gehalten worden. Bis zum Eintreffen der Antwort bleiben die Vier in Verwahrungshaft. Es ist die Vermutung aufgetaucht, daß die Vier mit den politischen Anschlüssen in Verbindung stehen, die in der Nacht zum 1. August d. J. in Königsberg i. Pr. verübt wurden.

Königsberg, 13. September.

Die Justizpressestelle Königsberg bestätigt auf Anfrage, daß die in Linz festgenommenen vier Männer, wenn die von ihnen angegebenen Namen stimmen, mit den Verbrechen in Zusammenhang stehen, die in der Nacht nach der Wahl in Königsberg verübt worden sind.

Waffenfund in der Heide.

120 Gewehre vergraben.

Lüneburg, 13. September.

In der Walde bei Oberndorfmark in der Lüneburger Heide fanden Beerenjäger vergrabene Waffen. Sie benachrichtigten das Landratsamt in Fallingb., das sofort das Gelände absuchen ließ. Es wurden in einer Grube 120 Gewehre und 60 Seiten-gewehre gefunden. Bei den Gewehren handelt es sich um über Gewehre und die dazu gehörigen Seitengewehre, die mehrere Jahre in der Grube gelegen haben müssen, da sie vollständig verrostet und die Holzteile bereits angefaul waren. Von den Gewehren waren die Kolben zum Teil abgeschlagen.

Schlichter Abschied.



„Die Herrschaften lassen bestellen: Sie werden nicht mehr gebraucht, Sie können gehen.“

Feststellungen.

Weitere Beschlüsse des Ueberwachungsausschusses.

In der Fortsetzung seiner Verhandlungen, über deren Beginn der „Vorwärts“ bereits berichtet hat, beschloß der Ueberwachungsausschuß des Reichstages, seine Entschliebung gegen das Fernbleiben der Reichsregierung durch den Reichstagspräsidenten und den Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten zu übermitteln.

Der zweite Teil der Verhandlungen im Ueberwachungsausschuß drehte sich um die Frage, ob die Auflösung des Reichstages zu Recht erfolgt sei und ob die Abstimmungen ordnungsgemäß vorgenommen worden sind. Auch hierbei traten nur die Deutschnationalen als Verteidiger der Reichsregierung auf. Kläglich war die Haltung des Reichstagspräsidenten Göring und der Nationalsozialisten. Mehrfach erklärte Göring, daß er im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Haltung jetzt die Reichstagsauflösung als rechtsgültig anerkenne. Der Abg. Frank II beteuerte, „selbstverständlich“ würden die Nationalsozialisten nur im Rahmen der Verfassung handeln. Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Dr. Hegner, die Regierung habe nicht einmal den Versuch zur Zusammenarbeit mit der Volksvertretung gemacht, den Konflikt auf das machtpolitische Gebiet verschoben und dadurch Sinn und Geist der Verfassung verletzt. Wegen die Stimmen der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten wurden folgende Anträge angenommen:

Die am 12. September 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstages verstößt gegen Art. 25 Abs. 1 der Reichsverfassung, weil die in dem Auflösungsdekret angenommene Gefahr, der Reichstag könnte die Aufhebung bestimmter Rotverordnungen verlangen, keinen konkreten Anlaß darstellt, wie er im Art. 25 Abs. 1 der Reichsverfassung gefordert wird.

Die am 12. September 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstages verstößt gegen Art. 48 Abs. 3 Satz 2 der Reichsverfassung, weil sie das wichtige verfassungsmäßige Recht des Reichstages, die Aufhebung von Rotverordnungen zu verlangen, verletzt und eine Wiederholung der Auflösung dieses Recht des Reichstages dauernd beseitigen würde.

Die von dem Herrn Reichsfiskus in seiner Rundfunkrede vom 12. September 1932 proklamierte unabhängige Staatsführung bedeutet einen verfassungswidrigen Angriff auf die verfassungsrechtliche Stellung des Reichstages.

Ferner wurde beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, zur Sicherung der Wahlfreiheit die bestehenden Presseverbote aufzuheben sowie den Wahltermin für den neuen Reichstag unverzüglich bekanntzugeben.

Mit dieser Stellungnahme des Ueberwachungsausschusses ist der Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag nur in ein helleres Licht gerückt worden. Entschieden wird er nicht mit juristischen Gründen, sondern durch das Volk bei den Wahlen und bei dem von der Sozialdemokratie eingeleiteten Volksentscheid.

Die innere Unabhängigkeit.

Die rechtswidrige Durchsuchung im Reichstag.

Der stellvertretende Leiter der Abteilung I des Polizeipräsidiums, Regierungsrat von Werder, hat auf eigene Faust und Verantwortung unter Verletzung der Verfassung eine Durchsuchung im Reichstag vorgenommen. Er hat nach Sprengstoffen suchen lassen, und hat schließlich in den kommunistischen Fraktionsräumen drei Bücher beschlagnahmten lassen.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages hat zu dieser Verfassungsverletzung das Nötige gesagt, er hat die Bestrafung des Regierungsrats von Werder gefordert. Der „neue Kurs“ in Preußen hat zu einem Konflikt geführt, bei

dem sich einer der neuen Männer eklatant ins Unrecht gesetzt hat.

Herr von Werder ist ein neuer Mann. Die Abteilung I des Polizeipräsidiums ist mit Männern besetzt worden, die „die nötige innere Unabhängigkeit gegenüber der kommunistischen Partei“ heischen. Herr von Werder hat mit seiner Aktion im Reichstag bewiesen, daß er genügend innere Unabhängigkeit gegenüber der kommunistischen Partei besitzt, sozial Unabhängigkeit, daß sie sich gleich noch über das Recht des Reichstages und über die Verfassung hinweggesetzt hat.

Herr von Werder hat bei dieser Aktion großen Eifer bewiesen. Der Eifer tut es allein nicht. Wir sind überzeugt, daß alle neuen Männer des neuen Kurzes sehr eifrig sind, ihren Eifer zu beweisen, und das scheint der Wesenszug der Praxis des neuen Kurzes zu sein. Diese Praxis führt nicht nur zu Konflikten, sie erzeugt vielmehr berechtigte Empörung und Erbitterung bei den Betroffenen.

Herr von Werder ist auf Grund der Reichsexekution in Preußen in seine jetzige Stellung gekommen. Die Reichsexekution sollte bekanntlich Ruhe und Ordnung und verfassungsmäßige Zustände in Preußen — „wiederherstellen“. In diesem Falle hat die Personaländerung zu einer glatten Verfassungsverletzung durch den neuen Mann geführt, also zum genauen Gegenteil!

Pg. im Wartestand.

Scholz verläßt — bis auf weiteres — wieder die Hitler-Partei

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar Ministerialrat Scholz veranlaßt, angeblich, „um jeden Ansehen parteipolitischer Rücksichten in seiner Amtsführung zu vermeiden“, im Einvernehmen mit der Parteiführung der NSDAP, als deren Mitglied auszuscheiden.

Der „Pg.“ Scholz hat sich demnach — angesichts der veränderten Lage — rechtzeitig in den parteipolitischen Wartestand versetzen lassen. Ob er später — etwa nach den Neuwahlen — wieder ins Hitler-Lager offen zurückkehrt, wird von der „Lage der politischen Lage“ abhängen. Gays-Papen können stolz sein auf ihren Scholz!

Das Beamtenvorbild.

Der Boden der Tatsachen schwillt zum Hügel: Erst stand der Mann auf dem Stresemann-Flügel. Doch als mit der Deutschen Volkspartei Steilab es ging unter Dingeldey, Flugs bei den Nazis er unterschrieb. (Der Rundfunk ist ein Tendenzbetrieb.)

Doch — wehe — Hitler mit Papen verkracht! Veränderte Lage, Scholz hab' acht! Die frisch emaillierte Hakenkreuznadel Ist außer Kurs bei den Herren vom Adel. Doch: Rückgrat breitet sich nicht aus, Hast du Rundfunk im Haus, Herr Scholz tritt aus . . .

So ist gelöst die Beamtenfrage: Wes Brot ich eß, des Nadel ich trage. Wer wird als Beamter vor Umsturz erblassen! Wer läßt sich für seine Gesinnung entlassen! Man macht es wie Scholz, man wahrt den Schein, Und tauscht rechtzeitig sein Mitgliedsbuch ein.

Durch Scholz ist der Parteistaat vernichtet: In ihm sind alle Parteien verdrückt, Und aus der Ballung erwächst ein kompakter National-sympathischer Aufstiegscharakter. Mit Recht hat dieser in seiner Hut Das größte deutsche Kulturinstitut. Jonathan.

Bei Max Rothe.

Ueberführung ins Zuchthaus Luckau. — Wiederaufnahmeverfahren muß kommen.

Ein Mitglied unserer Redaktion stütete, auch in seiner Eigenschaft als Gaujugendführer des Reichsbanners, dem vom Sondergericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Reichsbannermann Max Rothe einen Besuch ab, um ihm die Größe der Berliner Jungbannerteute und des „Vorwärts“ zu überbringen. Max Rothe ist gestern aus dem Gefängnislazarett, wohin man ihn wegen seines durch den Hungerstreik bedrohlich gewordenen Gesundheitszustandes hatte bringen müssen, wieder in seine Zelle zurückgeführt worden. Man hat ihm mitgeteilt, daß er in den nächsten Tagen in die Zuchthausanstalt Luckau übergeführt werden soll. Inzwischen hat das Gericht die schriftliche Urteilsbegründung fertiggestellt und dem Verteidiger übersandt. Ein Studium dieser Urteilsbegründung ergibt zwingend, daß dieses Urteil der Kammer Toll dringend der Nachprüfung bedarf, wenn überhaupt noch Menschlichkeit und Gerechtigkeit Geltung haben sollen.

Es ist nicht ganz leicht, einem Strafgefangenen einen Besuch abzustatten. Ist man schließlich im Besitz des wichtigen Erlaubnischeines, auf dem es heißt, daß Schwere, Getränke, Tabak und dergleichen nicht mitgebracht werden dürfen, und daß jeder Mißbrauch des Besuches zu unerlaubtem Verkehr die sofortige Entfernung des Besuchers zur Folge hat, folgt stundenlanges Warten im Gefängnis Alt-Moabit. Der Warteraum des Untersuchungsgefängnisses reicht fast niemals für die Masse der Besucher aus, und so stehen Männer und Frauen auf den Gängen umher und warten, bis sie an der Reihe sind. Es sind meist Menschen, denen man ansieht, daß sie nicht auf Rosen gebettet sind. Die Rot bringt so manchen Menschen in dieses Haus, das er unter geordneten Verhältnissen nur vom Hörensagen kennen würde. Die Leute sitzen oder stehen stumm und sorglos neben einander. Keiner kümmert sich um den anderen, und jeder ist froh, daß sich der andere nicht um ihn kümmert. Es wird fast gar nicht gesprochen. Dafür hört man die ewige Musik vieler Häuser, das immerwährende Klappern von Schlüsseln und das Anschlagen der zahllosen Signalklingeln. Im Warteraum leuchten von Zeit zu Zeit zwei Transparente auf, die den Besucher ins Sprechzimmer rufen. Auf diese erleuchteten Tafeln sind aller Augen gerichtet.

Drei Worte: „Fünf Jahre Zuchthaus!“

Schließlich wird auch der Besucher des Gefangenen Max Rothe durch das Aufflackern des Leuchtsignals gerufen. Es geht über einen kleinen Hof, ein paar Stufen empor in eine kleine Stube, die als Sprechzimmer dient, wo Rothe und ein Gefängnisbeamter schon warten. Händeschütteln und Freiheitrufe sind

die Begrüßung. Der „Gefangene Nr. 2468“ und sein Kamerad, der ihn besucht, um ihm Trost und Verbundenheit auszudrücken, dürfen Platz nehmen. Sie sitzen sich gegenüber, in der Mitte hat sich der Beamte plaziert. Man hat so oft davon gesprochen, daß fünf Jahre Zuchthaus eine furchtbare Strafe seien. Was die „fünf Jahre Zuchthaus“ wirklich bedeuten, wird einem erst erschreckend klar, wenn man dem Beschlagenen hier gegenübersteht.

Der Gefangene Rothe sieht in der Gefängnisleibung besonders stark mitgenommen aus. Sein Gesicht ist bleich, die Augen liegen tief. Er ist sichtlich bewegt und kämpft mit Tränen, als er von der Anteilnahme hört, die seine Kameraden und Genossen ergriffen hat, und als er hört, daß der „Vorwärts“ sich für ihn mit allen Kräften eingesetzt hat und weiter einsetzen wird. Wir kommen auf die Urteilsbegründung zu sprechen. Mit immer steigender Erregung, so daß selbst der Beamte beruhigend auf ihn einwirkt, verjagt er kurzumachen, daß er unschuldig sei.

„Wenn ich geschossen hätte“, so ruft er aus, „würde ich ruhig und still meine Strafe tragen. Aber ich bin unschuldig!“

In der Urteilsbegründung heißt es: „Der Angeklagte Caro macht aus seiner kommunistischen Gesinnung kein Hehl. Auch der Angeklagte (Rothe, Red. d. „B.“) steht — daran hat das Gericht keinen Zweifel — gesinnungsmäßig der kommunistischen Partei nicht fern.“ Unser Genosse weist darauf hin, daß er vor Gericht ausgelagt habe, zum ersten Male an jenem verhängnisvollen 17. Juli das kommunistische Verkehrslokal von Prochnow in der Simonstraße betreten zu haben. Dieses Lokal ist inzwischen eine S.A.-Kneipe geworden und der geschäftstüchtige Herr Wirt, der noch vor sechs Wochen mit den Kommunisten paktierte, läßt sich jetzt stolz mit den Hitlerburschen für den „Angriff“ photographieren. Rothe weist weiter darauf hin, daß er stets allen kommunistischen Irrsinnsparteln scharf ablehnend gegenübergestanden hat und während seiner Tätigkeit als Führer des Tempelhofer Jungbanners einige Kameraden ausgeschlossen hat, weil sie auf den kommunistischen Heim getrocknen waren. Seine letzte Hoffnung ist das Wiederaufnahmeverfahren! Er weiß, daß bei einer genauen Nachprüfung seine Unschuld sich erweisen muß. „Es ist so furchtbar“, klagt er, „so abgeschlossen zu sein!“ Die Zeit ist um, schon weißt der Beamte höflich, aber mit Nachdruck darauf hin, daß die Befuchszeit bereits um einige Minuten überschritten ist. Noch ein Händedruck, zwei Rufe „Freiheit!“ — der Gefangene Nr. 2468 wird hinausgeführt.

Erschüttert steht man wieder auf der Straße. Während draußen das Getriebe erbarmungslos uninteressiert weitergeht, droht da innen ein Mensch zugrunde zu gehen. Ein Mensch, der sich schuldig weiß, und dem um der Gerechtigkeit willen Belegenheiten gegeben werden muß, seine Unschuld vor aller Welt zu erweisen.

Erhaltet die Schulspeisung!

Sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag im Rathaus.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hielt gestern ihre erste Sitzung nach der Sommerpause im Rathaus ab. Nach Erledigung der Tagesordnung der morgigen Stadtverordnetenversammlung und einer ausgedehnten Debatte über die Pläne zur Umgestaltung der Berliner Verwaltung wurde ein Dringlichkeitsantrag angenommen, der den Schutz der durch Sparmaßnahmen bedrohten Schulspeisung von Kindern Erwerbsloser bezweckt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Durch Verfügung des Oberbürgermeisters vom 5. Juli 1932 ist die Schulummittags-Freispesung durch die Einführung einer Bezahlung des Mittagessens für Kinder von aus öffentlichen Mitteln unterstützt so stark eingeschränkt worden, daß namentlich in den vorwiegend proletarischen Bezirken die Gesundheit zahlreicher Kinder gefährdet ist. Die überwiegende Mehrheit der Eltern erklärt sich außerstande, von den gekürzten Unterstützungsmitteln die Beträge zu zahlen, die gefordert werden. Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Oberbürgermeister wird ersucht, in eine beschleunigte Prüfung über die praktische Auswirkung der Verfügung vom 5. Juli 1932 einzutreten mit dem Ziele der Wiederherstellung der Schulummittags-Freispesung in dem vor dem Erlass der Verfügung bestandenen Ausmaß. Sollten die in den Bezirks Haushalten Kap. VII, 2. Ausgabe Tit. VI Post 4 für diesen Zweck vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, erwartet die Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage.

Freitod Heinrich Dehmels.

Durch Veronal vergiftet aufgefunden.

In seiner Wohnung, in der Potsdamer Str. 118, ist gestern nachmittag Dr. Heinrich Dehmel, der Sohn Richard Dehmels, tot aufgefunden worden. Wie die ärztliche Untersuchung ergab, hatte Dehmel vermutlich schon am Montagabend eine so starke Dosis Veronal zu sich genommen, daß er aus seiner Betäubung nicht mehr aufwachte.

Als Arzt trat Dr. Dehmel stets als wahrer Helfer und Freund seiner Mitmenschen auf. An der Einrichtung der Eheberatungsstellen hat er ganz besonders starken Anteil. Literarisch sind verschiedene aufklärende Werke aus seiner Feder von Bedeutung.

Die Tat des Lebensmüden wurde von Hausbewohnern entdeckt, die sich darüber wunderten, daß den ganzen Tag das Licht in der Wohnung brannte. Als auf Klopfen niemand öffnete, rief man die Polizei, die sich gewaltsam Einlaß verschaffte. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß auch finanzielle Sorgen am Selbstmord des Arztes mitbestimmend waren. Die Leiche ist zunächst beiliegend und ins Schauhaus gebracht worden.

Einbrecher besuchen Tieg.

Schmud und Schuhe gestohlen.

Ein verwegener Einbruch ist im Warenhaus Tieg in der Belle-Alliance-Straße 1—3 verübt worden, bei dem die Täter für etwa 5000 Mark Schmud, Schuhe und Anzüge erbeuteten.

Die Kolonne kam vom Grundstück des neben dem Warenhaus befindlichen Postamtes über den Hof. Die Diebe stiegen an der Feuerleiter der Hoffront bis zum dritten Stock hinauf, zertrümmerten dort eine Scheibe und kletterten hinein. Sie packten zahlreiche Gold- und Schmuckstücken zusammen, suchten das Schuh- und Kleiderlager auf, „puppten“ sich in der Nacht dort oben an und nahmen noch eine ganze Anzahl von Kleidungsstücken mit. Sie sind unerkannt entkommen.

Arbeiter schwer verunglückt.

Im Betriebe der Firma Caffiret A.-G. in der Kiepenstr. 1/10 in Charlottenburg ereignete sich gestern ein schwerer Arbeitsunfall. Von einer Drahtziehmaschine löste sich aus noch ungeklärter Ursache eine große Holzspule. Der 38 Jahre alte Arbeiter Karl Habermann aus Alt-Glenide wurde von der Spule so unglücklich getroffen, daß er mit einer Kopfverletzung bewußtlos zu Boden sank. Durch die Feuerwehr wurde H. ins Westend-Krankenhaus gebracht.

Ausländische Ehrung für Alexander von Humboldt.

Im Gedenten des großen Naturforschers und Geographen Alexander v. Humboldt, dessen Geburtstag sich heute zum 163. Male jährt, legte gestern vormittag der Geschäftsträger von Guatemala, Gregorio Diaz, am Grabe Humboldts im Zögeler Schloßpark, das noch heute im Besitze der Familie v. Humboldt sich befindet, zwei Kränze nieder, den einen im Auftrage der Republik Guatemala, den zweiten als Zeichen der Verehrung seitens der Gesellschaft für Geographie und Geschichte in Guatemala. Der schlichten Feier wohnten außerdem bei ein Urentel des großen Toten, Wilhelm v. Humboldt, Geheimrat v. Heinz und Dr. Wittich von der mexikanischen Gesellschaft. Alexander v. Humboldt hat sich unergänzliche Verdienste um die wissenschaftliche, geographische Erschließung der Länder des süd- und mittelamerikanischen Kontinents erworben. Seine große Reise, die er dorthin unternommen hat, galt lange Zeit als Vorbild für alle wissenschaftlichen Reisen und Expeditionen überhaupt.

Mordgeständnis im D-Zug.

Der Frauenmörder schildert das Verbrechen an der Sprachlehrerin.

In den gestrigen Abendstunden traf auf dem Anhalter Bahnhof mit dem fahrplanmäßigen Zuge aus Stuttgart um 6.42 Uhr der Polizeitransport ein, mit dem der Mörder der Frau Bruscato nach Berlin gebracht wurde. Am Sonntag hatte sich Kriminalkommissar Dr. Bartsch in Begleitung des Kriminalsekretärs Hasenbank nach Stuttgart begeben, um den 23 Jahre alten Friedrich Stark abzuholen. Die Beamten fuhren am Dienstag früh 7.30 Uhr von Stuttgart ab. Unterwegs legte der Mörder dem Kriminalkommissar Dr. Bartsch gegenüber ein Geständnis ab, das sofort noch im Zuge aufgenommen wurde und dessen Protokoll elf Seiten umfaßt.

Die Reichsbahndirektion hatte in dem Zug im dritten Wagen hinter der Lokomotive ein besonderes Abteil für den Polizeitransport reserviert. Die Fenster waren verhängt worden. Während sich der Mörder bisher in Stuttgart immer gewickelt hatte, Angaben über den Mord zu machen und dauernd Ausschüfte gebrauchte, legte er jetzt — während der Eisenbahnfahrt — das Geständnis ab. Danach wollte er sich — wie er es schon zwei Tage zuvor gemacht hatte — auch bei Frau Bruscato einmieten, um einen Diebstahl zu begehen. Am 4. und 5. September hatte er schon an anderen Stellen Diebstähle begangen und wohnte eigentlich noch in dem Heim in der Dessauer Straße. Es war am Dienstag, dem 6. d. M., als er gegen 12 Uhr bei Frau Bruscato vorsprach. Frau B. führte ihn durch die Wohnung und zeigte ihm einige Räume. Es gefiel ihm dabei insbesondere das Zimmer, in dem bisher ein Fräulein H. gewohnt hatte, und in dem dann der Mord geschah.

Kampf um fünf Mark.

Frau B. verlangte von ihm, daß er auf den Mietpreis eine Anzahlung von 5 Mark leiste. Im ersten Moment tat er das, bedauerte es aber bald darauf, weil er nicht wußte, ob er bei der

Frau B. eine entsprechende Beute finden würde. Nachdem er sich in den Zimmern umgesehen hatte, glaubte er immer mehr, daß er sich in seinen Erwartungen getäuscht habe. Frau Bruscato hatte inzwischen den Raum verlassen. Friedrich Stark ging jetzt hinaus, rief die Frau ins Zimmer herein und verlangte von ihr, daß sie ihm die 5 Mark zurückgebe. Selbstverständlich weigerte sie sich. In der Folge entstand um diese 5 Mark ein Streit, in dessen Verlauf der junge Bursche die Frau niederschlug. Dabei biß sie ihn in den Daumen. Stark empfand darüber heftige Schmerzen und griff der Frau nach dem Hals.

Er sahte ein Tuch, schlang es ihr um den Hals und drehte es zu, bis sich die unglückliche Frau nicht mehr rührte.

Alsdann warf er sie über das Ruhebett, wo sie dann auch als Leiche gefunden wurde. In aller Ruhe machte sich Stark jetzt daran, die Wohnung zu durchsuchen. Aus dem Portemonnaie der Frau B. nahm er sich etwas Kleingeld, nahm sich auch seine 5 Mark zurück und durchsuchte dann den Schrank des Dr. W. Antrupp, aus dem er diverse Kleidungsstücke stahl. Die Tat hatte sich etwa um 1/2 Uhr abgepielt. Noch eine ganze Stunde blieb der Mörder am Orte seines grausigen Verbrechens und verließ dann ungehindert das Haus. In seinem Geständnis bekennt er, sich an der Frau vergangen zu haben.

Dieses Geständnis wurde während der Fahrt protokolliert. Als der Kriminalkommissar Dr. Bartsch ihn aufforderte, das Zimmer, in dem sich die Bluttat ereignete, aufzuzeichnen, kam er sofort der Aufforderung nach. Der Mörder brachte in der Skizze alle Einzelheiten an.

Beim Eintreffen des Transportes auf dem Bahnhof hatte sich draußen auf dem Platz vor dem Bahnhof schon eine zahlreiche Menschenmenge angeammelt, die vor dem Portal des Auto der Berliner Mordkommission gesehen hatte. Die Abführung des Mörders geschah aber so schnell, daß die Neugier der Menschen nicht befriedigt wurde. Ein Aufgebot von Schupos hatte den Platz um den Bahnhof abgesperrt.

Es gilt die Arbeit zu befreien!

Vom Papen-Programm zum sozialistischen Umbau.

Heber Nacht ist Deutschland wieder in einen gigantischen politischen Kampf gestürzt worden. Die Arbeiterschaft steht vor der größten Kraftanstrengung, die ihr seit langer Zeit zugemutet worden ist. Die Auflösung des Reichstags, bei der das Tölpelspiel der Nationalsozialisten der Regierung der Barone noch eine unverdient günstige Plattform geschenkt hat, öffnet der Herrenregierung Herrschaftsmöglichkeiten, die für zwei bis drei Monate auch von dem Schein einer politischen Kontrolle frei sein wird. Inzwischen muß die organisierte Arbeiterschaft den Massen des deutschen Volkes zum Bewußtsein bringen, daß nur unter den roten Fahnen der Sozialdemokratie ein Weg in bessere Zeiten gefunden werden kann.

Für feudale Herrenregierungen kann in Deutschland kein Platz mehr sein, denn die Logik der wirtschaftlichen Dinge ist gegen sie.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen ist auch den Arbeitslosen kein Hoffnungsstern, trotz aller Proklamationen, denn die Wirtschaft selbst kann durch dieses Programm nicht gedeihen. Subventionen sind immer Faustgeldprämien. Aber die Steuerschein- und Lohnsubventionen hätten noch nicht einmal so verderblich zu sein brauchen, wenn im übrigen nicht alles geschehen wäre, um eine günstige Wirkung der Steuer- und Lohnsubventionen zu verhindern. Selbst angesichts einer sich bessernden Weltkonjunktur wird eine stärkere Neueinstellung von Arbeitslosen unmöglich, wenn man das Gesamteinkommen der kaufenden Massen in Stadt und Land verringert. Das aber geschieht durch den durch die Wirtschaftsverordnungen beabsichtigten systematischen Lohnrückgang; das geschieht besonders da, wo die Arbeitszeitverkürzung noch mit Lohnsenkungen verbunden wird.

Die Gesamtwirkung des Papen-Programms muß auch im Falle der sich bessernden Weltkonjunktur ungünstig sein, weil im Verhältnis zu den anderen konkurrierenden großen Industrieländern, die im Gegensatz zu Deutschland im letzten Augenblick vor der Weltwirtschaftswende keine systematische Lohnsenkung und Schwächung des Binnenmarktes durchgeführt haben, sämtliche von der Regierung Papen getroffenen Maßnahmen sich als Hindernisse zur Ausnutzung dieser Weltwirtschaftskonjunktur erweisen werden.

Die Verantwortlichkeit für das Papen-Programm ist heute geklärt.

Die Herrenregierung hat an sich nicht ohne weiteres unvernünftige Vorschläge, die ihr von Stellen gemacht wurden, die die Erkenntnis der Wirtschaftszusammenhänge pflegen und die eine Schwächung des Binnenmarktes durch systematischen Lohnrückgang verwarfen, in ihr Gegenteil verkehrt. Es ist heute kaum ein Zweifel mehr, daß die Arbeitgeberverbände sich im Reichsarbeitsministerium für die Lohnsenkungs- und Lohnsenkungsmaßnahmen eingesetzt und dort durchgesetzt haben, und daß das Reichswirtschaftsministerium dem feinen Widerstand entgegengesetzt hat. Es ist heute ganz klar, daß die Bindung der Reichsregierung an die östlichen Großgrundbesitzer und die westliche Schwer- und großkapitalistische Industrie allein zu diesem Monstrum eines Verfalls der Weltwirtschaft geführt hat, und daß die sogenannte „föhne konjunkturtheoretische Spekulation“ des Papen-Programms, von der gesprochen wird, nur eine Attrappe ist für die, die nicht tiefer sehen können oder sich irreführen lassen wollen.

Die organisierte Arbeiterschaft mußte sich gegen dieses Programm aussprechen, sie erfüllte gegenüber den von ihr betreuten Massen damit eine Gewissenspflicht. Die freien Gewerkschaften haben richtig gehandelt, als sie die Sinnlosigkeit und die wirtschaftsverstörende Folgen des Papen-Programms vor aller Welt enthüllten. Die Sozialdemokratische Partei hat richtig gehandelt, als sie die Aufhebung der Wirtschaftsverordnungen forderte, der Papen-Regierung ihr Mißtrauen bekundete und mit ihren Gesandten im Reichstag zeigte, wie heute und in der Zukunft Wirtschaftspolitik zur Ueberwindung von Krisen zu machen ist. Die Sozialdemokratische Partei hat sich aber gegen den Kern aller Uebel der Papen-Verordnung gewendet, indem sie

beim Reichsinnenminister die Durchführung eines Volksbegehrens

zur Aufhebung desjenigen Teiles der letzten Notverordnung verlangte, der mit seiner unbegrenzten Vollmacht zum Abbau der Sozialpolitik Deutschland in die frühkapitalistische Barbarei zurückzuwerfen droht und auf den alle entscheidenden Lohnrückgangmaßnahmen sich stützen, die „zur Wirtschaftsbelebung“ in den nächsten Tagen und Wochen zur Durchführung gelangen sollen. Die ganze Notverordnung durch Volksbegehren zu beseitigen, ging nur deshalb nicht an, weil durch Gesetz und Verfassung dem Volksbegehren Regierungsmaßnahmen nicht unterstellt werden können, die den Reichshaushaltsplan und die Reichsabgabenverordnung verändern würden. Das aber trifft für die meisten anderen Maßnahmen der letzten Notverordnung zu.

Mit diesem Volksbegehrensantrag hat die Sozialdemokratische Partei ihren Wahlkampf eröffnet. Der Antrag ist ein weit hin leuchtendes Fanal, das die Entschlossenheit der Sozialdemokratie bekundet.

ohne Furcht das Volk zum Richter darüber aufzurufen,

ob Deutschland in die frühkapitalistische Barbarei zurückgeworfen werden kann — ohne Furcht, denn auch die proletarischen Anhänger der Nationalsozialistischen Partei werden davon ist die Sozialdemokratische Partei überzeugt, in dieser Lebensfrage für alle arbeitenden Menschen nicht mit Hitler, sondern mit der organisierten Arbeiterschaft gehen.

Der vor uns stehende Wahlkampf bedeutet die Einleitung der historischen Entscheidung gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschaftsordnung. Die Papen-Regierung ist eine Kapitalistenregierung extremster Richtung. Wenn sie verderben wollen, den schlagen die Götter mit Blindheit. Die Maßnahmen der Papen-Regierung sind gerade deshalb, weil sie in so unerhörter Weise die Rechte des arbeitenden Menschen misachteten, mit zwingender Folgerichtigkeit der Ausgangspunkt zu der historischen Entscheidungsschlacht zwischen Kapitalismus und Sozialismus geworden. Daß die Papen-Regierung eine Feudalregierung ist, in der Junker und Adlige den Ausschlag geben, macht sie zu einem Symbol für die Tatsache, daß

die Zeit für das Ende der Besitzherrschaft in jeder Form herannah.

Die Papen-Regierung hatte als Regierung des kapitalistischen Systems noch eine letzte Chance, durch Mäßigung die Ent-

scheidungskampf für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus im Bewußtsein des deutschen Volkes, noch einmal hinausgeschoben. Aber gebunden an die Interessen des feudalen Junkertums und kapitalistischen Industrieherrschers, deren Rettung als herrschende Schicht nicht anders möglich ist als durch die verstärkte Knebelung und wirtschaftliche Benachteiligung der arbeitenden Klasse, hat die Regierung Papen diese Chance versäumt.

Das deutsche Volk ist heute — und zwar nicht nur innerhalb der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei — reif für die Erkenntnis, daß die monopolistischen Schlüsselindustrien verstaatlicht, die Herrschaft der Kartellverbände gebrochen, mit der planlosen Kapitalzuteilung durch die Finanzmächte ein Ende gemacht und die aus dem Mittelalter stammenden Herrschaftsgrundlagen des Junkertums durch Verstaatlichung des Großgrundbesitzes beseitigt werden müssen. Das ist die Plattform, das ist das Programm, von denen aus die Sozialdemokratie ihren Wahlkampf führen und die Notwendigkeit ihres Sieges im Bewußtsein des Volkes verankern wird.

Maschinenbau gegen Kontingente.

Bessere Beschäftigung der Maschinenindustrie im August.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, der wichtigste wirtschaftliche Unternehmerverband der verarbeitenden Industrie, nimmt in der folgenden sehr scharfen Weise gegen die Exportgefährdung durch landwirtschaftliche Einfuhrbeschränkung Stellung:

„Mehr als die Hälfte der Beschäftigung der deutschen Maschinenindustrie entfällt zur Zeit immer noch auf die Ausfuhr. Große Werte sind für den Wiederaufbau der Vertretungen der deutschen Maschinenindustrie im Ausland im letzten Jahrjahre aufgewendet worden. Nachgewiesenermaßen haben 1931 fast zehn Millionen Deutsche unmittelbar und mittelbar von der Ausfuhr gelebt. Es wäre ein schwerer Fehler der deutschen Wirtschaftspolitik, die Ausfuhr noch mehr als bisher dadurch zu gefährden, daß Deutschland zu dem Experiment einer Zwangsregelung der landwirtschaftlichen Einfuhr übergeht und damit der Abschließung der wichtigen Welt gegen deutsche Fertigerzeugnisse Vorschub leistet.“

Der Druck auf die Preise deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse kommt bei der gegenwärtigen Lage nicht so sehr vom Ausland, als vielmehr von der katastrophal gesunkenen Kaufkraft der inländischen Bevölkerung, insbesondere der Industriearbeiterschaft. Jede Störung unserer Außenhandelsbeziehungen würde Millionen von Arbeitern der Exportindustrie mit vermehrter Arbeitslosigkeit bedrohen, ihre Kaufkraft für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch weiter schwächen und damit den Preisrückgang noch verschärfen.“

Das Augustgeschäft war ruhig. In- und ausländische Anfragen blieben auf dem bisherigen — schon etwas gebesserten — Stand. Für Landmaschinen ergab sich durch größere Aufträge eine Belebung. Arbeitszeit und Beschäftigungsgrad haben sich etwas erhöht (39% Wochenstunden und 31 Proz. der Normalbeschäftigung).

Protest bei Papen.

In einem Protestschreiben an den Reichskanzler hat der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (VDM) seine Ausführungen gegen die geplante Kontingentierungspolitik noch unterstrichen.

Der VDM weist zunächst darauf hin, daß im letzten Jahre (von Mitte 1931 bis Mitte 1932) die deutsche Maschinenindustrie nur zu 13,3 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit für den deutschen Inlandsmarkt, aber immerhin mit weiteren 20 Prozent für die deutsche Ausfuhr beschäftigt gewesen sei. Herr v. Papen muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß zwischen seiner Rede vom 28. August, in der er das Festhalten an den bisherigen Grundgeden der Handelspolitik betonte, und der Begründung zur Notverordnung ein erheblicher Widerspruch kasse, der die deutsche Maschinenindustrie mit größter Beforgnis erfülle. Eine Zwangsregelung für die landwirtschaftliche Einfuhr müsse eine katastrophale Erschwerung der Ausfuhr herbeiführen, die von neuem Millionen von Arbeitern mit Arbeitslosigkeit bedrohe. Gerade weil die Maschinenindustrie das Ankerbeschäftigungsprogramm der Regierung begrüße, müsse sie vor der Kontingentierungspolitik warnen, weil sie das Gelingen der Ankerbeschäftigung aufs ernste gefährde. Es sei begreiflich, daß die Grüne Front auf ihren propagandistischen Forderungen aus Brandesrückichten bestohe. Aber die Landwirtschaft dürfe sich nicht länger der Einsicht verschließen, daß nur eine Hebung der Kaufkraft der Industriearbeiterschaft eine Preisbesserung für Agrarprodukte bringen könne.

Nach den notverordneten Lohnsenkungen müssen wir leider bezweifelnd, daß die Reichsregierung selbst sich schon zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis des VDM in seinem Schreiben wichtig, daß die notverordneten Lohnsenkungen ohne hin eine Erschwerung der deutschen Handelspolitik und Gegenmaßnahmen des Auslandes erwarten ließen — ein Grund mehr, wenigstens diesen Teil der Notverordnung unverzüglich aufzuheben.

Protest der Konsumvereine.

Nachdem der Zentralverband Deutscher Konsumvereine schon auf seiner Jahrestagung am 7. Juni gegen die agrarische Abschließungspolitik von der Weltwirtschaft im Interesse der Verbraucher protestiert und seine entsprechenden Entschlüsse am 14. Juli dem Reichspräsidenten und den Reichsministern zugesandt hatte, wendete sich der Zentralverband am 10. September mit einem neuen eindrucksvollen Protest gegen die Kontingentierungspolitik an die Reichsregierung. Es heißt in diesem Protestschreiben:

„Wir halten die Einführung von Kontingenten im voraus für einen Fehlschlag, und zwar deshalb, weil zunächst durch die Schrumpfung der Einfuhr die Arbeitslosigkeit in den Hafenstädten ganz gewaltig steigen wird, und weil schließlich, wie ja in dem letzten Jahre zur Genüge bewiesen worden ist, diese Kontingentierung und Verringerung der Einfuhr Gegenmaßnahmen der Ausfuhrländer erzwingt, die dazu führen müssen, daß die Ausfuhr Deutschlands immer weiter zusammenschrumpft und dadurch die Erwerbslosigkeit steigen und die Kaufkraft entschieden fallen muß. Solche Wege sind gefährlich“

Die nationalsozialistische Bewegung wird der Sozialdemokratie auf diesem Wege kein Hindernis, ihre Niederdrückung wird ihr ein Impuls sein. Wie die Regierung der Junker und Industrieherrschers ein Zwischenstück ist, so ist die nationalsozialistische Bewegung eine Episode, die ebenso unvermeidlich war wie sie vorübergehend ist, weil das Denken der Hitler folgenden Kleinbürger notwendig immer noch bürgerlich sein mußte, obwohl ihre Existenz schon längst proletarisch ist und nie wieder bürgerlich werden kann. Die Nationalsozialistische Partei ist die große Reserve der Sozialdemokratie für ihren Kampf um den Sozialismus.

So wird der kommende Wahlkampf ein Aufstuf sein für die endgültige Befreiung der Arbeit. Nach so ungeheuerlichen Siegen des Geistes über die Materie, wie das 19. und 20. Jahrhundert sie gebracht hat, können wir nicht mehr ertragen, daß die Unfähigkeit sogenannter Wirtschaftsführer Kriege und Krisen herbeiführt, die zu hunderten Tausenden Kriegerkrüppel und Arbeitsungrige zum Betteln auf die Straßen treiben. Es muß ein Ende damit werden, daß der Mensch, der Sinn und Ziel alles Wirtschaftens zu sein hätte, zum hilf- und schließlich erschlofen Opfer einer schlechten Wirtschaftsführung degradiert wird, obwohl er die ganze Kraft seines Leibes und seiner Seele der Ausübung seines Berufs entgegenbringen muß. Zu solch großen Menschheitszielen kann und wird die Sozialdemokratie das Tor jetzt weit aufstoßen.

und vermögen auch der Landwirtschaft auf die Dauer keinen Nutzen zu bringen.

Ein großer Teil von hochwertigen Erzeugnissen kann schon längst nicht mehr von den deutschen Verbrauchern aufgenommen werden. Allein in der Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen liegt eine wohlverstandene Pflege des deutschen Binnenmarktes. Die durch die Kontingentierung hervorgerufene Arbeitslosigkeit bringt das Gegenteil, und zwar eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft. Die Kontingentierung steigert die Arbeitslosigkeit und muß auch in einigen typischen Fällen durch Erhöhung der Preise im voraus zu großen Bedenken für die Ernährung des deutschen Volkes Anlaß geben...

Deutschland kann aus eigener Kraft nicht aus den Schwierigkeiten herauskommen. Es benötigt für die Beschäftigung seiner Einwohner die Ausfuhr. Die letzten Jahre haben voll und ganz bewiesen, daß durch Einfuhrbeschränkungen der Export zurückgedrängt und dadurch die Arbeitslosigkeit gesteigert wird. Letzteres führt dazu, daß die Kaufkraft sinkt, und wenn diese nicht vorhanden ist, kann auch die Landwirtschaft aus den in Aussicht genommenen Maßnahmen keinen Vorteil, sondern nur Nachteil haben.

Die Einschränkung der Zuteilung der Devisen hat die Einfuhr bereits weitestgehend beschnitten. Wir glauben, daß durch diese Maßnahme die Kontingente sich voll und ganz erübrigen.“

Hypothekenbanken gegen Zinsenkung.

Die Vollversammlung der privaten Hypothekenbanken, die mit einem Hypothekenbestand von etwa 6 Milliarden Mark ein Drittel des deutschen Realcredits verwalteten, der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen. Zugleich aber hat sie gegen alle Pläne einer zwangsweisen Zinsherabsetzung, wie sie gerade jetzt wieder von den Großagrariern mit aller Lungenkraft gefordert wird, protestiert und die Regierung gebeten, an der Ablehnung jeder Zwangsverordnung festzuhalten. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Sparer und eine Besserung der Lage auf dem Kapitalmarkt — die Hypothekenbanken wollen, reichlich regierungstreu und optimistisch, schon jetzt Anzeichen einer Besserung infolge des Regierungsprogramms entdecken — könnten allein die Voraussetzungen für eine freiwillige Zinsherabsetzung bringen. Die Hypothekenbanken bemühten sich schon jetzt, der individuellen Notlage eines Schuldners Rechnung zu tragen, wie die niedrige Zahl der von ihnen betriebenen Zwangsversteigerungen bewiese.

Genialer Betrüger, aber kein Geschäftsmann...

Das ist die Lösung des „Kreuger-Rätsels“.

Das Rätsel um Kreugers Persönlichkeit löst sich nach dem Bericht des Konkursverwalters, der eben dem Stockholmer Amtsgericht eingereicht wurde, sehr einfach. Kreuger habe ein großer Geschäftsmann sein wollen, sei es aber nicht gewesen. Nur als Verbrecher, nicht aber als Geschäftsmann unterscheidet er sich vom Durchschnitt. Um nun seine mangelnde Begabung als Finanzmann auszugleichen, habe er schon mit Betrügereien angefangen, ehe er Verluste erlitt, indem er falsche (viel zu hohe) Gewinne auswies.

Die Verwaltung der Kreuger-Toll Aktiebolaget wird in diesem Bericht aufs schwerste befaßt. Die Mitglieder des Verwaltungsrats hätten in unglücklichem Ausmaß ihre Pflichten versäumt, alle Bilanzen ohne jede Prüfung unterschrieben, ebenso die (letzte) Pressemitteilung Kreugers über Riesengewinne vom August 1931. Direktor Ahlström habe in zwei Jahren 4 Millionen Kronen erhalten — zum Ausgleich privater Kursverluste! Diese Beträge hat Kreuger persönlich zu Lasten von Kreuger-Toll verbucht. Mehrere Mitglieder des Verwaltungsrats, darunter der Großbankdirektor und internationale Sachverständige Rydbeck, hätten die wahre Lage des Konzerns kennen müssen. Die Bilanzfälschungen sollen im Jahre 1917, als Kreugers Gesellschaft zum erstenmal vom Baugeschäft zum Zündholzgeschäft übergang, begonnen haben.

Große kanadische Weizernte zu erwarten. Es mehren sich die Anzeichen, daß die Besserung auf den internationalen Rohstoffmärkten doch auf allzu schwachen Füßen steht, um auf ihr ein weittragendes Wirtschaftsprogramm aufzubauen. Mit den Preissteigerungen für Weizen, die seit dem Einsetzen der amerikanischen Stützungsmaßnahmen zu verschieben waren, wird es jetzt wohl endgültig vorbei sein. Denn die kanadische Weizernte für 1932 wird amtlich auf 467 Mill. Bushels, um die Hälfte höher, geschätzt als die von 1931 (304 Millionen Bushels). Aus dem Vorjahre sind aber noch große Vorräte vorhanden, die sich im laufenden Jahre noch beträchtlich erhöhen und den Druck auf den Markt verstärken werden.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei hatte sich Ende August auf 459 406 gegen 453 294 Ende Juli erhöht.

IRMGARD KEUN: **Gilgi eine von uns**

14]

Gilgi muß lachen. „Den Mantel bezahlt man erst, Olga — was bist du doch für ein lieberliches Mädchen! Uebrigens solltest du nicht solche Katergespräche mit mir führen.“

„Ja, Gilgi, aber nach Mallorca mußt du — apropos Mallorca! Muß mich wahn-sinnig beeilen — hab um sieben eine Ver-abredung.“ Olga stürzt zum Kleiderschrank. „Du kannst mitkommen, Gilgi. Was? Ja, also — vor zwei Jahren hab ich in Palma den Martin Bruck kennengelernt. Kennst du nicht? Ist auch nicht sehr bekannt. Hat zwei Bücher geschrieben, ganz gute Sachen. So viel gelacht haben wir zusammen, daß wir gar nicht dazu gekommen sind, uns ineinander zu verlieben. Na, und vorgestern treff ich ihn plötzlich in der Komödienstraße. Er hat nicht gesagt: die Welt ist ein Dorf! Zur Belohnung hab ich versprochen, ihn heute abend zu treffen. Komm mit, wir werden uns gut unterhalten.“

„Ich würd' doch hören.“

„Ach wo.“ Olga stülpt den Hut auf. „Du siehst doch, Gilgi, daß ich mein schwarzes Kleid anhab. Wenn ich unlautere Absichten mit meinem Rendezvous verbinde, komm ich in Rosa oder Himmelblau.“

Gilgi nickt, das schwarze Kleid von Olga ist gültiger Beweis. „Ach wollt' noch arbeiten, Olga.“

„Na, komm schon mit, ist ein netter Kerl, der Martin Bruck.“

„Ja, aber höchstens für 'ne knappe Stunde.“

Antwort zu geben. Er ist nicht schön, nicht groß und stark und nicht elegant. Ist so sorglos und gleichgültig angezogen wie einer, der sich nun mal damit abgefunden hat, daß er nicht nackt herumlaufen kann. Er hat so nachdenkliche Hände, dünne, zerbrechliche Finger. Schmal und fleischlos ist sein Gesicht, die Stirn hoch und hart gebuchtet, der Haaransatz unordentlich. Eine kantige Nase, ein weicher, empfindsamer Mund, regelmäßige, prachtvoll gesunde Zähne, von denen jeder einzelne mitzulachen scheint, wenn Martin Bruck lacht, und dunkle, lebendige Augen, unaufhörlich wechselnd in Ausdruck und Blick. Mittellos groß ist er, schmal in Schultern und Hüften. Sicher und unbekümmert in Haltung und Gest. Nichts Besonderes, muß mich schon wundern, daß ich ihn so genau begucke.

Es fällt Olga auf, daß Gilgi sich innerhalb von zwei Stunden viermal pudert, es fällt Gilgi selbst auf, daß sie wünscht, Olga möchte nicht gerade unter der Lampe sitzen, der Lichtschein macht ihr Haar noch leuchtender, als es ohnehin schon ist. Diesen Abend wenigstens sollte Olga nicht ganz so hübsch aussehen.

Martin ist lustig und unterhaltend, freut sich, daß er hier mit ein paar hübschen Mädels sitzt. Erzählen kann er! Der ist noch weiter gereift als Olga. Gilgi staunt. „Ja, und zu Hause — wo sind Sie denn zu Hause?“

Ja, zu Hause ist der Martin Bruck nir-

gends — der Bummler, der Tagelied, der Habenicht's. Bummler und Tagelied war er immer, Habenicht's ist er erst seit ein paar Wochen. War ein lustiges Leben, solange man die Taschen voll Geld hatte. In allen fünf Erdteilen hat man sich herumgetrieben, in allen fünf Erdteilen Geld ausgegeben. Ueberall war es schön, überall gab es Neues, überall hielt das Leben Ueberraschungen bereit. Unglücklich war man nur aus Konstruktgründen — um nachher doppelt glücklich sein zu können. In Stanleyville am Kongo bekam er einen leichten Malaria-anfall, in Kolumbien biß ihm ein nachhaftes Krokobil einen Kothappen aus dem linken Oberschenkel — beides Unfälle, die keine wesentlichen Folgen hinterließen, ihm die Freude am Dasein keinen Augenblick trübten. Vier Jahre führte er das Leben eines an-nähernd normalen Bürgers. Er schrieb zwei Bücher, die einen guten literarischen Erfolg hatten. Geld brachten sie nicht ein. Brauchten sie ja auch nicht. Statt weiter auf-zubauen, fand Martin, daß er genug ge-arbeitet hatte. Er war nicht ehrgeizig. Es würde immer eine ganze Reihe anderer geben, die weitaus Besseres schrieben als er. Also! Es fiel ihm ein, daß es noch ungezählte Länder, Inseln, Flüsse und Städte auf der Welt gab, die er noch nicht gesehen hatte. Das ruhelose Umherstreifen begann von neuem. Ueberall fand er Freunde, Menschen, die ihn gern hatten, Frauen und Mädels, die sein erster Ruh froh, sein letzter traurig machte. Zehn Jahre lang lebte er noch als sein eigener Herrgott — dann ging ihm die Pusle aus. Er streckte den Rest seines Kapitals in die Fabrik seines Bruders und be-kommt nun eine Monatsrente von zwei-hundert Mark. Mit zweihundert Mark braucht er nicht zu verhungern. Ein Snob ist er nie gewesen, auf Luxus und Eleganz kann er verzichten. Strapazen ist er ge-wohnt — was kann ihm schon passieren! Treibt man sich jetzt eben mal in Europa herum. Gibt sicher hier noch genug Inter-

essantes, was nicht viel kostet. Vielleicht arbeitet man auch wieder. Möglich. Nicht wahrscheinlich.

Jetzt ist er in Köln. Ein Freund, der für zwei Jahre nach Rußland gefahren ist, hat ihm während dieser Zeit seine Wohnung zur Verfügung gestellt. Martin hat sich häuslich eingerichtet; hat ein verkrustetes Mäntelchen und zwei verstaubte Anzüge in den eleganten Schlafzimmerschrank gehängt und drei riesige Bücherkisten in der Biblio-thek aufgebaut, wo sie mit ihrem hellen ordinären Holz graulich die dunkle Eichen-möbelharmonie zerstören.

Gilgis Phantasie war immer ein artiges Kind: darfst ein bißchen auf der Straße spielen, aber nicht um die Ecke gehen. Jetzt läuft das artige Kind mal etwas weiter. Martin erzählt, und Gilgi sieht: Meere, Büsten, Länder — das ist nicht das Eigent-liche, was sie sieht, sie möchte sich Rechen-schaft ablegen — ist das so gewohnt — ihr Gefühl aufzeichnen in ihren eigenen Worten. Ach, meine kleinen, grauen Worte! Daß jemand so bunt sprechen kann! Sie sitzt auf einer regenfeuchten Kugel — ganz weit, weit am Himmel ist eine Sonne — man fängt mit jeder Hand einen Sonnenstrahl, wickelt ihn sich um die Gelenke, ganz fest, läßt sich hinaufziehen — daß man so schwer ist! Die Sonnenstrahlen können reißen — immer näher rückt man an den apfelsinenroten heißen Sonnenball — immer wärmer wird es . . . Und es kommt vor, daß Martin Bruck's Finger Gilgis Hand streifen, ganz unabsichtlich — und noch unabsichtlicher schiebt sich Gilgis Hand an den Tassen und Milchbüchsen vorbei und liegt nun gerade da . . . liegt sehr in Reichweite von — na, irgendwo muß man seine Hand ja liegen haben. Und Olga hat traumhafte Augen, denkt an Franzi — Gilgi hat Olga sehr gern, Franzi kennt sie nicht, aber sie freut sich, daß es ihn gibt.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Dichter verurteilt Spanien

Anmerkungen zu einer Reise Ilya Ehrenburgs / Von Georg Schwarz

Ilya Ehrenburg, kein parteiässiger Sowjet-schriftsteller, ein skeptischer Beobachter, der in seiner Form darauf verzichtet hat, Weltbürger zu sein in beiden Welten: in der kapitalistischen wie in der sozialistischen Ordnung. Seit sechs Jahren lebte Ehrenburg fern der Sowjetunion, ein ewig unruhevoller Wanderer durch unser altes, zer-rissenes, in Krisenkrämpfen geschütteltes Europa. Wir kennen ihn als künstlerisch verdichtenden Ge-stalter von Dingen, Menschen und Epochen, als den Propheten des Kreuzer-Endes mit seinem Roman „Die heiligsten Güter“, als den Homer des Automobils mit seiner dramatischen Bildfolge „Das Leben der Autos“.

Nun hat Ilya Ehrenburg ein Buch über die jüngste Republik Europas geschrieben „Spanien heute“, Malik-Verlag, Berlin. Aber Ehrenburg ist weder als Reporter der kühlen Sachlichkeit, noch als ein gefällige Im-pressionen erhaschender Reiseplauderer durch Spanien gefahren. Er hat das Land mit den Augen des sozialistischen Kulturkritikers gesehen und er gibt seine Eindrücke in 27 von ehren-burgischem Temperamente zersprengten und von ehrenburgischer Formmeisterung zusammenge-haltene Kapitel, aus denen viel Bitternis, Ironie, Skepsis, aber auch viel gütiges Ver-ständnis und tatbereite Hilfe für die leidende Kreatur aufleuchtet.

Der unbestechliche Beobachter Ilya Ehrenburg hat große Teile des ausgeplünderten Landes durchforstet; des gequälten, verarmten Landes, das von der glutheißen Sonne noch nicht so sehr ausgedörnt wird, wie von der Korruption, der Faulheit, der Genußsucht, der Dummheit seiner herrschenden Klasse. — Seiner noch immer herr-schenden Klasse! Ehrenburg hat scharfe Augen. Er sah die großen Städte und die kleinen Dörfer, die Provinz in all ihrer Widersprüchlich-keit einer Ordnung, die schwer schüttende Bauern verhungern läßt, während Caballeros den Schweiß-Zoll ihrer Macht in süßem Nichtstun und großmütigem Seerlauf verzehren.

Auf den einjämigen Hochebenen und in abseitigen Gebirgstälern leben in Spanien Menschen noch wie die Höhlenbewohner der Steinzeit, während in den paar großen Städten Wolkenträger Amerikanisierung vorbluffen sollen. Eine Suppe aus Wasser und Baumwolle ist die tarifliche Kost für Landarbeiter, die bittere Streiks darum führen müssen, ob sie „nur“ von „Sonne bis Sonne“ oder von „Frührot bis Abendrot“ zu fronen haben. Da Hunger dieses seit Jahrhunderten hungerrnde Volk nicht schnell genug lirre macht, haben die Gutsbesitzer ihnen die Brunnen ver-segelt.

„Spanien“, schreibt Ehrenburg, „das ist nicht Carmen und nicht die Torreadore, nicht Alfons und nicht Combo, nicht die Diplomatie eines Lerro, nicht die Romane eines Blasco Ibanez, nicht all das, was zugleich mit argentinischen Zu-hältern und „Malaga“ aus Perpignan ins Aus-

land exportiert wird. Nein, Spanien, das sind zwanzig Millionen abgerissener Don Quichottes, das sind wüste Felsen und bittere Ungerechtigkeit, das sind Lieder, traurig wie das Rascheln des trockenen Delbaums, das ist der dumpe Lärm der Streitenden, unter denen es nicht einen „Geben“ gibt, das ist Güte, Mitleid, Mensch-lichkeit. Ein großes Land, — es hat sich das Feuer der Jugend zu bemahren verstanden, trotz allen Anstrengungen der Inquisitoren, Schma-rogger, Bourbonen, Spighuben, Winkeladokaten, der Engländer, Brasos und titelgeschmückten Zu-hälter!“

Mit den vielen großen, lärmend verkündeten Worten der jungen Freiheit hat man die alten Gewalten noch nicht ausgerottet. Und der auf-kommende Haß der spanischen Arbeiter muß in uneinheitlichen Aktionen verpuffen, weil in diesem klassichen Lande des atomisierten Syndikalismus die zentralistischen Organisationen mit unendlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die anarch-istischen Vorstellungen der spanischen Syndikalisten langen bestenfalls aus zum Zerstreuen von Kirchen und Klöstern. Ein Ventil für den Volkszorn, hinter dem aber keine genügend gefestigte Kraft steht, die die sozialen Gegensätze aufzuheben ver-möchte.

Nathan Gurdus:

Neue Mordwaffe erfunden

Erfinder sitzen in der ganzen Welt, gestützt und unterhalten vom Kapital der Rüstungsindustrie, der man ein für allemal den Namen Mord-industrie geben sollte, und sinnen, wie Menschen leichter und schneller getötet werden können. In unzähligen Büros arbeiten diese Laboranten des Rüstungskapitals und stellen ihr Talent in den Dienst des zukünftigen Krieges und des Massen-mordes. Erfinder, die eine neue Medizin oder irgend etwas erfinden, was der Menschheit zu-gute kommt und Wunden heilt, sterben meistens in Armut. Die Herren aber, die eine neue Dynamitkugel erfinden, die die Eigenschaft hat, auch auf größte Entfernung einen menschlichen Körper zu zerreißen, diese Menschen sind meistens Millionäre und in ihren Vorzimmern sitzen die Militärratgeber der großen Staaten.

Die Mordindustrie arbeitet still. Von ihren neuen Erfindungen hören wir wenig. Sie liegen meistens in den Tresors der Generalstäbe. Aber die Herren Rüstungsindustriellen hoffen der Menschheit ihre genialen Erfindungen recht bald nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis vorzuführen. . . . Man braucht nur genügend Geld, um das Feuerchen des nationalen Hasses zu einem Feuer zu machen, man braucht nur genügend Geld, um durch „die nationale Presse“ den Nationalstolz auf aggressive Bahnen zu lenken und schon werden wir irgendwo in der Welt die

Es ist ein lehrreiches Buch, gerade für uns Deutsche. Es zeigt, daß trotz der wunderlichsten, von redegewaltigen Dichtern und Adokaten in den Cortes (die spanische Nationalversammlung) geschaffenen Verfassung einzig und allein die realen Machtverhältnisse entscheidend sind. Eine „Republik der Werttätigen“ läßt sich zwar leicht proklamieren; alte, festverankerte Herrschafts-formen aber lassen sich nicht so leicht aus der Welt schaffen. Denn sie haben sich ihre bewaffnete Guardia Civil herangebildet, die strupellos zu allem, was ihr befohlen wird, bereit ist; die verhungerrnde Bauern, die sich aus den unermeh-lichen Wäldern der Grafen und Herzöge Eicheln zur Nahrung holen, wie Spagen über den haufen knallt.

Ehrenburgs Werk wird als menschliches Be-kenntnis und formgewaltiges Dokument bleibende Bedeutung haben, wie die Reisebücher der Größten in der Weltliteratur.

Wenn der Russe auch besonders stark die dunklen und schmerzlichen Töne in seinen Bildern sucht, dennoch läßt selbst dieser Optimist hoff-nungsfreudig durchlingen: Spanien hat sich in die technisierte monopolkapitalistische Welt einge-fügt. Es muß den gleichen sozialen Entschei-dungen entgegenstreiten, wie alle anderen kapital-istischen Länder. Der Sturz der Monarchie, die verfassungsmäßige Verankerung der Republik ist die erste Etappe auf dem Wege zu einer neuen, sozial befriedeten Welt aufbauender Arbeit aller für alle.

neueste Produktion der Herren Rüstungs-industriellen kennenlernen. . . . Das Stöhnen der zehntausende Verwundeter und Sterbender bringt niemals bis in die Privatbüros der Herren Generaldirektoren. Ihre Zimmer haben die ge-pollsterte Türen, die sich nur öffnen für neue Be-stellungen der Herren Kunden vom Generalstab. Man sollte aber den Menschen von keiner In-dustrie sozial erzählen, wie von dieser Industrie des Todes, Man sollte der Menschheit jede neue Erfindung dieser Mordtechnik genau be-schreiben, vielleicht käme dann einmal der Tag, an welchem die Kanonen keine Bedienungsmann-schaften mehr hätten, an dem sich keine Hand mehr zum Laden finden würde, an dem man die Herren in den Generalstabsumiformen und die Generaldirektoren der Rüstungsindustrie allein unter sich lassen würde.

*

Aus Paris kommt die Nachricht von der Er-findung einer neuen furchtbaren Mordwaffe. Es handelt sich um ein Lusttorpedo mit furchtbarer Explosionswirkung. Das gefährlichste an dieser neuen Luftwaffe ist aber, daß sie aus der Ferne durch Radiowellen gelenkt werden kann und einen Aktionsradius von über 2000 Kilometer besitzt. Das Lusttorpedo wird abgeschossen, die Wellen lenken es nach jeder Richtung hin und ein Knopf-druck am Fernsteuerer genügt, um diese schred-



Martin Photo Paramount

Schönheitskönigin. Will dir zum Trost sagen, daß du's trotz deiner lächerlichen Kleidung fertig bringst — wenn auch nicht elegant angezogen — so doch elegant ge-wachsen auszuweisen.“

Olga führt zu einer kleinen Konditorei auf der Achener Straße: „Kann heute kein Musikcafé vertragen. Wenn ich noch einmal das Lied von der Wäsch höre, werde ich wahn-sinnig.“ Martin ist zufrieden. Er mag sie gern, diese rührenden, kleinen Kondito-reien mit ihren verfeinerten Mischkaffees und den armen, nackten Marmorischen.

Ein — zwei — drei Stunden vergehen. Gilgi, die nur eine knappe Stunde bleiben wollte, sitzt immer noch da. Was hält sie hier? Ihre Arme liegen auf der kalten Marmorplatte des Tischchens wie festge-froren. Sie kennt so viele Männer, aber der Martin Bruck ist anders, ganz anders. Warum er ihr gefällt? Ja, warum? Als ob's so leicht wäre, sich darauf die richtige

